

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

91 (19.4.1918)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1,10 M., 1/2jährl. 5,30 M., Jugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 3,60 M.; durch die Post 1,24 M. bezw. 3,72 M.; durch die Feldpost 1,25 M. bezw. 3,60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftszeit: 1/8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 g. Platzangelegen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Wilhelm Kolb †.

Gestern abend 9 Uhr traf uns die erschütternde Nachricht, daß der leitende Redakteur unseres Blattes, Wilhelm Kolb, einem tödlichen Leiden erlegen ist. Kolb kränkelte schon längere Zeit, ohne daß er, oder seine Umgebung ahnte, daß es sich um eine ernste Krankheit handelte, von der er nicht mehr genesen sollte. Er ist am 21. August 1870 geboren, erreichte also nur ein Alter von nicht ganz 48 Jahren.

Kolb nicht mehr unter den Lebenden! Diese Trauerkunde wird nicht nur in unsern Parteikreisen, sondern weit darüber hinaus lebhafteste Teilnahme auslösen. War er doch nicht nur Parteipolitiker, sondern Politiker insgesamt, der sein ganzes Ich in den Dienst der Öffentlichkeit stellte, als Journalist, Gemeindepolitiker und Abgeordneter. Zunächst wird natürlich unser Blatt durch den Tod Kolbs schwer betroffen. Es verliert seinen Steuermann, der daselbst durch seine besonderen Fähigkeiten zu Ansehen und Bedeutung brachte. Kolb hat sozusagen die Entwicklung unseres Blattes in allen Stadien miterlebt und ihm eine ganz bestimmte politische Richtung gegeben. Zur Zeit, als der „Volkshfreund“ noch in Ofenburg als dreimal wöchentlich erscheinendes Parteiorgan gedruckt wurde, hat sich ein junger Malergehilfe in der Agitation für das Blatt sowohl, wie die Partei bemerkbar hervorgehoben und als für die Führung der Geschäfte der Karlsruher Filiale die Anstellung eines Filialleiters notwendig wurde, fiel die Wahl der Parteigenossen auf jenen jungen Malergehilfen, Wilhelm Kolb. Mit dem Feuereifer der Jugend übernahm er die mit diesem Amt übertragenen mannigfaltigen Pflichten, die in jenen Zeiten im umgekehrten Verhältnis zu dem standen, was ein solcher Posten einbrachte. Aber der Idealismus für die Bewegung mußte damals über alles hinüberhelfen. Er half auch ihm hinüber und damit auf die Bahn, die sein Lebensweg genommen. Als Berichterstatter für Karlsruhe hat er die ersten journalistischen Federn sich erworben und gar bald war erkennbar, daß seine Artikel in Stil und Inhalt über den Rahmen der Duzendware hinausragten. Als der „Volkshfreund“ im Jahre 1899 nach Karlsruhe übersiedelte und als Tageszeitung erschien, wurde Kolb zum Redakteur gewählt. Sein politischer Scharsblick in Verbindung mit einem natürlichen Rednertalent haben ihn nach und nach immer mehr aus der Masse hervorgehoben, sodaß er ganz von selbst zum Parteiführer emporwuchs. „Ganz von selbst“, natürlich cum grano salis zu verstehen. Von allein kommt natürlich nichts. Kolb hat sich in jungen Jahren und auch später angelegen sein lassen, sich durch fleißiges Studium emporzuarbeiten und wer heute seine politischen Artikel in den wissenschaftlichen Parteizeitschriften liest, kann mit seiner Anerkennung für das, was sich Kolb mit Fleiß und Energie selbst zugeeignet hat, nicht zurückhalten.

An dem Wohl und Wehe seiner Vaterstadt Karlsruhe nahm Kolb lebhaften Anteil. Schon im Jahre 1899 übertrug ihm die Partei ein Stadtorordnetenmandat und sandte ihn im Jahre 1908 in den Stadtrat. Mit Leib und Seele hing er an seiner Vaterstadt

und was ihm in Stadtratskollegium und in den Kommissionen zum Wohle derselben förderlich erschien, fand sein vollständiges Interesse.

Im Jahre 1905 wurde Kolb erstmals im Bezirk IV seiner Vaterstadt (Südstadt) als Vertreter des 44. Wahlkreises in den Landtag gewählt, dem er seither ununterbrochen angehörte. Nach der Neuordnung der Wahlkreise im Jahre 1913 fiel ihm der III. Bezirk (Weststadt) zu, der 43. Landtagswahlkreis, dessen Vertreter er bis zu seinem Tode war.

Mit der Geschichte des Badischen Landtages ist der Name Kolb eng verknüpft. Sein hervorragendes Rednertalent, seine Schlagfertigkeit in der Debatte stellte ihn in die vorderste Reihe der Landesvertreter und mit Ludwig Frank nannte man seinen Namen immer in einem Atemzug, wenn man von den Führern der badischen Sozialdemokratie sprach.

Ja, er war unser Führer!

In der Zeit, wo die sog. reformistischen Ideen in der Partei nach Klärung strebten, war er der begeisterte Wortführer der praktischen Politik, abhold der Phrase, die nur oberflächlich imponiert, die aber in der rauhen Wirklichkeit keinen Bestand hat. Mit dem Bekennermut innerster Ueberzeugung trat er für das ein, was er für richtig erkannte, auch wenn er zunächst nicht verstanden wurde. Aber mancher, der ihn zunächst nicht verstand, mußte sich oft später der unbeugsamen Logik seiner Gründe und ihrer eisernen Konsequenz beugen. Kolb darf auch die Befriedigung mit ins Grab nehmen, daß die Entwicklung ihm und nicht seinen Widersachern recht gegeben hat. Gerade der Krieg hat gezeigt, daß nur die harten Tatkraften letzten Endes die Entscheidung haben.

Auch als Mensch wurde er von allen geschätzt, die in manigfacher Beziehung mit ihm in Berührung kamen. Wenn sich im Widerstreit der Meinungen oft ein rauher Ton unwillkürlich beimengte, so war das nur äußerlich. Wer Kolb näher kannte, weiß, daß er mit einer entgegengekehrten Meinung nur der Sache dienen wollte. Persönlich wollte er nie verletzen. Sein Charakter war lauter und gefestigt. Wer das wußte, fand sich mit seiner impulsiven und temperamentvollen Art gerne ab.

Kolb hat ein arbeitsreiches und an Erfolgen reiches Leben hinter sich. In allen Stellen, in denen er wirkte, hat er eine fühlbare Lücke hinterlassen, die so ohne Weiteres nicht ausgefüllt werden kann. Dankbar und tief ergriffen steht die badische Partei an seiner Bahre.

Er war ein treuer Sohn seiner Partei, seiner Vaterstadt und seines Vaterlandes.

Ein bleibendes und ehrendes Gedenden ist ihm gesichert. Die Partei betrauert den Verlust eines ihrer Besten, den Verlust eines ganzen Mannes.

...eige.
...igkeit wieder
...Uhr.
...nstark,
...r. 55.
...L. Lüncher
...sfähig, sofort
...an die Geschäfts
...2894
...LERIE
...OOS
...erstr. 187
...April bis 10. Mai
...-Ausstellung
...itter, H. Goebel,
...roumen usw.
...önet v. 10-6 Uhr
...r Dame,
...ausgefallenes
...rtige schöne
...Puppenver
...an. Defekte
...pariere billig.
...ösch, Friseur
...bei Durlach. 8328
...e überaus zahl
...rückwünsche, wel
...anlässlich unse
...hochzeit zungen
...Allen herzlich
...8225
...riebr. Schwarz
...nd Fran.
...ers-Pitewka
...esucht. Gesl. Off
...eller, Busch
...nlagestraße 21.
...helongue
...kaufen.
...sterei Köhler
...Schützenstr. 25.
...Karlsruhe.
...Schieferbederme
...enner von Well
...abach.
...Wietigheim, Hof
...von hier. C
...sang von Karlsruhe
...erer, Fabrikarbeit
...heinrich, B. Ge
...ebastian Gaus
...Christian De
...Kraher, Rasch
...Inhalator.
...Witwe von
...r. Ehemann, 65
...Witwer, 89 J.
...dy, Handelsmann.

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 18. April. (W.D. Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Feind überließ uns gestern große Teile des von ihm in monatelangen Ringen mit ungeheuren Opfern erkaufenen flandrischen Bodens. Die Armee des Generals Sigt v. Arnim nahm, dem schrittweise weichenden Feind scharf nachdrängend, Poelcapelle, Langhemard und Zonnebeker und warf den Feind bis hinter den Steenbach zurück. Südlich von Vlaantart-See hemmte ein feindlicher Gegenstoß unser Vorwärtsdringen.

Nördlich von der Lys gewannen wir unter starkem Feuerschutz Boden und säuberten einige Maschinengewehre.

Die Kämpfe der letzten Tage brachten mehr als 2500 Gefangene, einige Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre ein.

An der Schlachtfeld zu beiden Seiten der Somme nahm der zeitweilig auflebende Feuerkampf bei Morcuil und Montdidier größere Stärke an.

Auf dem Ostufer der Maas hatten kleinere Unternehmungen bei Drues und Watrouville vollen Erfolg und brachten Gefangene ein. Nördlich von Flirey (zwischen Maas und Mosel) scheiterte ein starker französischer Vorstoß unter blutigen Verlusten.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der 1. Generalquartiermeister: Lubendorff

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 18. April, abends. (Amtlich.) In Flandern und auf dem Schlachtfeld an der Lys ist die Lage unverändert. Nordwestlich von Morcuil brachen starke französische Angriffe blutig zusammen.

Gegenangriffe.

W.D. Berlin, 18. April. (Nicht amtlich.) Am Morgen des 17. April wurde ein erneuter Sturmangriff gegen die Schanze im deutschen Abwehrfeuer erwidert. Auch weiterhin nach starker Artillerievorbereitung unternommene tiefgelegene feindliche Angriffe hier und nordöstlich von Uperghem brachen unter sehr starken feindlichen Verlusten blutig zusammen. Zwischen Bailleur und Merville, vor allem südlich Merville erreichte das feindliche Feuer tagsüber größte Heftigkeit. Ein deutscher Vorstoß in die feindliche Linie westlich Meteren brachte 80 Gefangene ein. In der Nacht vom 17. zum 18. April richtete der Feind auf der ganzen Front starke Feuerüberfälle gegen die deutschen Gräben. Die Bahnen nordwestlich von Amiens, das Gleisfeld von Gougeon, sowie die Bahnstrecke Amiens-Ailly wurden von der deutschen Artillerie ausgiebig beschossen.

Englische Vorkämpfe.

Berlin, 19. April. Englische Blätter sprechen in Telegrammen von der Front zum ersten Male von einer Bedrohung der von England besetzten französischen Süden. Die Times erfahren, daß die französischen Verstärkungen in der Nähe der britischen Linien eingetroffen sind.

Kämpfe zwischen Maas und Mosel.

W.D. Berlin, 18. April. (Nicht amtlich.) Zwischen Maas und Mosel richtete der Feind am 17. April kurz nach 6 Uhr vorm. einen Angriff mit starken Kräften nach ausgiebiger Artillerievorbereitung gegen die deutschen Stellungen nördlich von Flirey. Der Angriff wurde im Nachhinein zurückgeschlagen. Eine größere Anzahl Gefangener, mehrere Maschinengewehre, sowie zahlreiche Sturmgewehre blieben in deutscher Hand. Der Gegner erlitt sehr starke blutige Verluste.

Beschreibung von Ostende.

W.D. Berlin, 18. April. (Amtlich.) In der Nacht vom 17. zum 18. April wurde Ostende von See aus beschossen. Mithraschaden ist nicht entstanden. Unsere Torpedobootstreitkräfte nahmen am Morgen des 18. April feindliche Lager- und Stapelplätze zwischen Dünkirchen und Neuport mit 600 Schuß unter Feuer.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

W.D. Wien, 18. April. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Zwischen dem Garda-See und der Piave lebhafter Artilleriekampf und rege Fliegeraktivität.

In Albanien errang der Offiziersstellvertreter A. C. Li seinen 24. Luftsieg.

Der Chef des Generalstabes.

Türkischer Bericht.

Konstantinopel, 16. April. (W.D. Nicht amtlich.) Rege Kavallerieaktivität an der Palästina-Front. Unsere über Vatun hinaus längs der Eisenbahn verfolgenden Truppen haben die Gegend 20 Kilometer nordöstlich von Vatun erreicht. Sonst nichts Neues.

Konstantinopel, 18. April. (W.D.) Amtlicher Seeresbericht vom 17. April. Kaukasische Front: Unsere Truppen nähern sich planmäßig der Gegend von Kars. An der Küste hat unsere Kavallerie Tschurud Su (Kobuleth) besetzt. Die Verfolgung wird fortgesetzt. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, haben unsere Besatzungstruppen in Vatun von den feindlichen fremden Elementen, die die Festung besetzten, 600 Mann in Offizieren- und 2500 Mann in Mannschaften gefangen genommen, darunter befinden sich der Festungskommandant und viele hohe Stabsoffiziere, 25 Geschütze verschiedenen Kalibers, Lokomotiven und mehrere Waggons mit Automobilen, viel Nachschubmaterial, sowie Verpflegungsvorräte.

In der Palästina-Front wurden feindliche Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Auf der übrigen Front ist die Lage unverändert.

Bulgarischer Bericht.

Sofia, 18. April. (W.D. Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht vom 15. April: Mazedonische Front: Im Tale des oberen Stumit betrieb unsere Posten durch ihre Feuer zwei französische Ma-

teilungen. Beiderseits der Straße Bitolia-Briska lebhaft Feueraktivität auf beiden Seiten. Ostlich vom Bardar besprengten wir eine verstärkte englische Patrouille. Im Struma-Tal lebten sich die lebhaftesten Erkundungsgehefte des 15. April in der Ebene vor unseren Stellungen bis in die vorgeordnete Nachtstunde fort. Im Dorfe Prosenit nahmen unsere Einheiten einen Offizier und 8 unverwundete Engländer und 20 schwerverwundete gefangen und erbeuteten mehrere Maschinengewehre, Minenwerfer, eine große Anzahl von Gewehren und anderes Kriegsmaterial. Auf beiden Seiten des Bardar rege Luftaktivität beim Feinde.
Lobrubischa-Front: Waffenstillstand.

Zum letzten Fliegerangriff auf Paris.

W.D. Bern, 17. April. (Nicht amtlich.) Der letzte deutsche Fliegerangriff auf Paris in der Nacht vom 12. zum 13. April hat, den Pariser Blättern zufolge, bedeutenden Sachschaden angerichtet. Die Zeitungen berichten, daß in einer sehr belebten Straße im Stadtzentrum gegenüber einer Untergrundbahnstation eine Bombe einen ungeheuren Trichter auswarf und die Gasleitung durchschlug. Die Explosion und der darauffolgende Brand verursachten außerordentlich großen Sachschaden. Im Umkreis von 200 Metern sind sämtliche Häuser beschädigt, Fenster und Türen herausgerissen. Die Station der Untergrundbahn ist schwer beschädigt. Mehrere Personen wurden an dieser Stelle getötet, zahlreiche verletzt. Die abgeworfenen Geschosse sind Torpedos. Den Zeitungen zufolge haben die deutschen Flieger eine neue Taktik verfolgt. Man vermutet, daß sie die französischen Linien im Gleitflug überflogen, um nicht durch den Motorlärm Aufmerksamkeit zu erregen. Sofort nach dem ersten Alarmzeichen nach 10 Uhr 10 Minuten waren auch die ersten Explosionen vernnehmbar. Wegen der darauffolgenden Panik konnten die Untergrundbahnstationen nicht angebracht werden, was die Mehrzahl der Opfer verursachte.

Englische Dum-Dum-Geschütze.

W.D. Berlin, 18. April. (Nicht amtlich.) Die Nachrichten über die Verwendung von Explosivgeschossen durch die englische Infanterie häufen sich. Sie kommen fast von allen Teilen der englischen Front. Ein neuer trauriger Fall wurde am 11. April durch ein bayerisches Regiment in der Gegend westlich von M r r a s festgesetzt. Dort wurde eine vollgefüllte Maschinengewehrtrommel eingebracht, in der Explosivgeschosse mit gewöhnlichen Infanteriepatronen vermischt eingegürtet waren. Die Art der Explosivgeschosse ist dieselbe wie die letzten auch schon von anderen Frontteilen in größerer Menge eingeschickt wurden. Es sind zum Teil Infanteriegeschosse mit abgekürzten Spitzen, zum Teil Patronen, die an Stelle des gewöhnlichen Geschosses einen zackigen Weisplitter mit darübergestecktem Papierpropfen enthalten. Es unterliegt jetzt keinem Zweifel mehr, daß die völkerrechtswidrige Munition bei der englischen Infanterie allgemein eingeführt ist und von ihr systematisch verwendet wird.

Kämpfe in Ostafrika.

London, 17. April. (W.D. Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht aus Ostafrika: Seit dem 1. April waren unsere Abteilungen an der Küste unter General Edward und am Nyassa-See unter General Northey in einer während des Höhenpunktes der Regenzeit durchgeführten Bewegung gegen die nördlich von Kurie-Fluß zwischen Nedoboma und Maluboma, 93 bzw. 165 Meilen landeinwärts von Port Amelia, zusammengezogenen deutschen Streitmacht begriffen. Am 5. April besetzte eine von General Northey geführte Abteilung Mahu, etwa 45 Meilen südwestlich Mahu und sandte eine Abteilung ostwärts trotz der durch Hochwasser angeschwollenen Flüsse. Am 11. April wurde diese Abteilung in einen heftigen Kampf mit der deutschen Haupttruppe verwickelt, die sich, wie durch Erkundungen festgestellt wurde, auf dem Marische südwestlich Mahu in der Richtung auf Mahu befand. Schwere Verluste wurden dem Feinde zugefügt. Am gleichen Tage standen die Truppen des Generals Edward in Gefechtsführung mit einer feindlichen, auf M e d o östlich von diesem Orte sich stützende Truppe. Nach einem Nachmarch besetzten sie M e d o b o m a am 13. April nach einem den ganzen Tag andauernden Gefechte, das weitere Verluste für die Deutschen zur Folge hatte. Die feindliche Streitmacht wurde nach Südwesten in der Richtung auf M w a l i e abgedrängt.

Neue Verrentungen.

Berlin, 17. April. (W.D. Amtlich.) Im Sperrgebiet um die Azoren wurden von einem unserer U-Boote in den letzten Wochen 5 Dampfer und 2 Segler verrentet. Hier von waren bewaffnet der griechische Dampfer „Aithira“ (2240 BRK.) und der französische Dampfer „Lued Sebou“ (1540 BRK.). Auf dem letzteren befanden sich 150 Soldaten. Die Geschütze, je eine 9 und eine 7,5 Zentimeter-Kanone, wurden erbeutet. Die für unsere Feinde bestimmten Ladungen waren besonders wertvoll. Sie bestanden aus Palmöl, Palmkern, Erdnüsse, Baumwolle, Gummi, Wachs, Eisen und Stahl. Das U-Boot hat 27 Tonnen Gummi und 5 Tonnen Wachs für die deutsche Kriegswirtschaft in die Heimat mitgebracht.

W.D. Madrid, 17. April. (Nicht amtlich.) Reuter. Das spanische Fahrzeug „Louise“ ist torpediert worden. Drei Mann der Besatzung sind ertrunken.

W.D. San Sebastian, 17. April. (Nicht amtlich.) Havas. Das Fischerboot „Nuestre Señora de Carmen“ aus San Sebastian ist etwa 9 Meilen von der Küste auf eine Mine gelaufen und gesunken. Die aus 17 Mann bestehende Besatzung ist verloren.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Einigung mit den englischen Werftarbeitern.

London, 17. April. (W.D. Nicht amtlich.) Reuter. Vertreter der Gewerkschaften der Schiffsbauer und der Arbeitgeverbände hatten heute in der Admiraltät eine Besprechung mit Lord Pirrie, dem Generalkontrollleur des Handelsministeriums. Man erörterte Pläne zur Beilegung von industriellen Streitigkeiten durch örtliche Verfassungen. Man kam überein, daß alle Streitigkeiten nach Möglichkeit auf der Werft, wo sie entstanden sind, in der herkömmlichen Weise zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erledigt werden und daß die Regierung nur eingreifen solle, wenn beide Parteien darüber einig sind, daß von diesem örtlichen Verfahren keine Wirkung zu erwarten sei.

Sunkerinteresse und Ostfriede.

Die russische Revolution hat die Großgrundbesitzer entzweit, den Boden der Kirchen und Klöster, des Adels und der Kapitalisten für Volkseigentum erklärt. Diese Enteignung des Bodens ist im ganzen großrussischen Gebiet bereits vollzogen. Die Bauern haben sich überall des Bodens der Herren bemächtigt und ihn zur Nutzung auf die einzelnen Bauernfamilien aufgeteilt.

Was immer das Schicksal der russischen Revolution sein wird, was immer die Rechtsverhältnisse am Boden schließlich geordnet werden: die Großgrundbesitzer werden ihren Boden nicht zurückbekommen, der Boden wird im Besitz der Bauernschaft bleiben. Denn keine Konterrevolution wird es wagen können, den Millionen Bauern den Boden, den sie bereits in Besitz genommen haben, wieder zu nehmen. Wie die französischen Bauern nach 1815 es nicht wagen konnte, den französischen Bauern den Boden wieder zu nehmen, dessen sie sich 1793 bemächtigt hatten, so wird auch keine russische Regierung der Zukunft, welche immer dies sei, die Edelknechte, die Büchsen, die Rechte wieder in ihren früheren Besitz einsetzen können. Die Umwälzung der Grundeigentumsverhältnisse wird in jedem Falle eines der wichtigsten Ergebnisse der russischen Revolution bleiben.

Hier hat nun, unbemerkt von der deutschen Bourgeoisie und ihren liberalen und pseudoliberalen Wortführern, die Partei der preussischen Junkeragrarier rechtzeitig und geschickt eingeleitet.

Wären Litauen und Kurland, Estland und Polen nicht von deutschen Truppen besetzt, dann würde die russische Agrarrevolution sich natürlich auch auf diese Länder erstrecken. In Litauen und Kurland sind die Bauern Letten und Esten, die Großgrundbesitzer sind Deutsche. Die Bauern sind nicht Grundeigentümer, sondern Pächter. Dem Grundbesitzer stehen gegen die Bauern noch Rechte zu, die an die Blüthezeiten des Feudalismus erinnern. Die furchtbare der soziale und nationale Spalt zwischen Grundbesitzern und Bauern dort ist, haben die blutigen Grelle der Revolution von 1905 gezeigt.

Wären diese Länder nicht von deutschen Truppen besetzt, dann würde sich die russische Agrarrevolution bis zur preussischen Grenze fortgepflanzt haben. Die estnischen und lettischen Bauern würden die deutschen Barone verjagen und sich den Boden aneignen. Die deutsche Okkupation schützt die lettischen Barone vor diesem Schicksal. Und wenn wirklich der kurländische Herzogshut und die litauische Königswürde mit der deutschen Kaiserkrone vereinigt werden sollen, dann ist bei lettischen Baronen ihr Boden dauernd gerettet. Denn die deutsche Oberhoheit wird sich in Kurland und Litauen natürlich auf die deutschen Barone stützen müssen. Auf die lettischen und die estnischen Bauern, die, seit Jahrhunderten von einer deutschen Herrenklasse bedrückt, von wilden Deutschen gehaßt sind, wird sie sich nicht stützen können. Deutschland wird in Kurland und in Litauen natürlich nicht die Klasse einengen können, auf die allein es seine Herrschaft zu stützen vermag.

Das also ist der soziale Sinn der Angliederung Kurlands und Litauens an Preußen: sie sichern das Land vor der Ausbreitung der russischen Agrarrevolution, sie sichern den Boden der Großgrundbesitzer gegen die Enteignung durch die Bauern. Nicht anders steht es in Estland, wo heute der deutsche Soldat das Grundeigentum der polnischen Schlichtschichten gegen die litauischen und weißrussischen Bauern schützt. Nicht anders in Polen, wo der Grundbesitzer bei den Mittelmächten Zuflucht sucht gegen die Bauernschaft, die auch dort sehr leicht von dem russischen Gift angeheilt werden könnte. Es ist auch in Rumänien so. Dort waren sehr deutsche Angelegenheiten zu erblicken, daß der Bolschewismus auf das unglückliche Land überzugreifen begann; der Abzug der russischen Truppen, das das gefährliche Gift ins Land gebracht, und die Besetzung der Ukraine, die verbindet, daß von dort aus die Bauernrevolution in das Nachbarland getragen wurde, haben diese Gefahr vertindert, der Friedensschluß mit der konservativen Regierung Marghilomans dürfte sie, wenigstens für einige Zeit, völlig gebannt haben.

Man sieht: die Ordnung, die die Mittelmächte im ganzen Osten geschaffen haben, hat eine bedeutende soziale Wirkung. Sie sichern überall — von Riga bis Braila — das Eigentum der Grundbesitzer gegen die Erhebung der Bauern.

Diese Aufgabe hat für die herrschenden Agrarinteressen der Mittelmächte die größte Bedeutung. Vor allem für Preußen. Schon vor dem Kriege war die Agrarverfassung Ostpreußens der Gegenstand immer heftigerer Angriffe. Mächtige Strömungen innerhalb des deutschen Volkes forderten die „innere Kolonisation“ des ostpreussischen Gebiets, das beinahe ganz und gar den Junkern gehört. Der Staat solle Bauern ansiedeln, wo bisher Junker gesaht haben. Diese Strömungen waren unabweisbar unwiderstehlich geworden, wenn in ganz Osteuropa der Grundbesitz unter den Bauern aufgeteilt worden wäre. Nicht etwa nur darum, weil das Beispiel einer solchen Umwälzung der Eigentumsverhältnisse die Begehrtheit der preussischen Landarbeiter geweckt hätte, sondern vor allem deshalb, weil die Agrarrevolution in Polen, Kurland, Weißrußland dem preussischen Junker die Arbeitskräfte entzogen hätte, ohne die er nicht zu bestehen vermag. Denn das ostpreussische Mittergut ist auf die Ausbeutung osteuropäischer Arbeitskräfte gestützt. Der Junker findet längst nicht mehr genug deutsche Arbeiter, die bereit wären, ihm zu fronen. Er kann seine Wirtschaft nur dadurch aufrechterhalten, daß alljährlich Hunderttausende polnischer und litauischer, klein- und weißrussischer Bauern, Gänsler, Arbeiter nach Deutschland wandern, um dort im fargen Lohn die Felder der Junker zu bestellen. Solange das Landvolk in Polen und Litauen so wenig Boden hat, daß es vom Ertrag der eigenen Scholle nicht leben kann, sind die preussischen Junker sicher, alljährlich in den polnischen und litauischen Wandearbeitern, den sogenannten S a c h e n g ä n g e r n, ein gefügiges Ausbeutungsmaterial zu finden. Würde aber in Polen und Litauen der Boden der Grundbesitzer unter den Bauern aufgeteilt, hätte das Landvolk in diesen Ländern Boden genug, von seinem Ertrag zu leben, dann gäbe es keine Sachenräger mehr. Der Ertrag, der ansässigen Wandearbeiter würde versiegen. Die Junker würden nicht mehr genug Arbeitskräfte, ihre Felder zu bestellen. Die Rittergüter müßten parzelliert werden und bald würde sich im ganzen Osten Deutschlands, wo heute die Jun-

Offriede.

Grundbesitzer entlie- des Adels und der Entziehung des bereits vollzogen der Herren herrschenden Bauernfamilien

der herrlichen, Bauerngut an Bauerngut reihen. Mit der jun- terlichen Landwirtschaft wäre es vorbei. Und mit der Junfer- wirtschaft würde auch die Junferherrlichkeit zusam- menbrechen.

Wer nicht mit liberalen Scheuflappen gefegnet oder nicht von liberalen Macht- und Kraftmeiernhören angeleckt ist, sieht kaum klar ein, welches Interesse die Junfer daran hätten, Polen und Litauen von Rußland zu trennen, sich gegen die Ausbreitung der russischen Agrarrevolution zu schützen. Indem sie das Eigentum der Schlachtrittern schützten, retteten sie ihr eigenes Grundeigentum und damit ihre eigene Herrschaft. So erschließt sich der soziale Sinn des Friedens von West-Litowien auch den Kurzsichtigen.

Dieselbe Bedeutung hat der Nachfriede im Osten auch für die Agrarier Osterrreich-Ungarns. Das haben wir mit der „Magdeb. Volkszt.“, der wir diesen Artikel entnehmen, hervor. Die Großgrundbesitzer der Mittelmächte haben daher alle Ver- schöpfung, den Scherfriegel im Osten zu lösen. Er hat das Übergreifen der russischen Agrarrevolution in das Gebiet der Randvölker verhindert. Er hat dadurch vom Großgrundbesitz in Deutschland und Osterrreich-Ungarn die drohende Gefahr abgewehrt. Er hat einen Damm aufgerichtet gegen die For- derungen des Landvolks, das nach dem Boden der Grundher- ren zu greifen drohte.

Wenn in ein Friede konterrevolutionär gewirkt hat, so diese Friedensschlüsse.

Sozialpolitik nach dem Kriege.

Die Gesellschaft für soziale Reform veranstaltete am Sonn- tag in Berlin eine große Kundgebung für die Fortführung und den Ausbau der Sozialpolitik nach dem Kriege.

Den Hauptvortrag hielt Professor Dr. Franke. Er be- zugs, daß nach den Erfahrungen des Krieges, nach den Opfern, die die Angehörigen der Arbeiterklasse und der Angefallenen im Kriege gebracht haben, von einem Stillstand der Sozialpolitik nicht mehr die Rede sein dürfe. Der Krieg hat uns schon einige sozialpolitische Errungenschaften gebracht: das Verbot der Nachtarbeit der Bäcker, Lohnstütze der Heimarbeiter, Wäch- tervormehrung, Gewährung der Altersrente vom 65. Jahre an, Zulagen für Invaliden- und Witwenrenten, das Tarifver- tragswesen hat sich weitgehende Anerkennung errungen, Arbeitsgemeinschaften sind gebildet worden. Auf der anderen Seite hat uns aber der Krieg die Ausbreitung wichtiger Bestimmungen des Arbeiterrechtes für Frauen und Jugend- liche gebracht. Diese Beschränkungen dürfen nicht einen Tag länger bestehen bleiben, als sie unbedingt erforderlich sind. Nach dem Kriege muß die Sozialreform energisch weitergeführt wer- den. Um die Volkskraft zu heben, brauchen wir Schutz für das heranwachsende Geschlecht, Wächnerinnenhilfe, Familienver- sicherung in den Krankenkassen, Stärkung des Einflusses der Arbeiter in der Unfallversicherung, Erhöhung der Unfallrenten. — Die Lebensmittelpreise werden auch nach dem Kriege hoch bleiben, während sich auf der anderen Seite eine Tendenz zur Herabsetzung der Löhne bemerkbar macht. Die Arbeiter werden sich gegen eine Verschlechterung ihrer Lebenshaltung weh- ren. Daraus werden schwere Konflikte entstehen. Um sie in friedlichem Sinne zu lösen, ist es notwendig, daß die durch das Friedensgesetz geschaffenen Schlichtungsinstanzen beibehalten und die Eingangsämter der Gewerbeämter ausgebaut werden, und so müssen wir schließlich zum Reichsarbeitsamt als Stelle aller dieser Instanzen kommen. Eine gründliche Reform des Koalitionsrechts muß eintreten. Die alte Schuld, die auf dem Recht der Landarbeiter liegt, muß weg- gewaschen werden. Die Gleichberechtigung der Arbeiter muß auch in der preussischen Wahlreform zur Tatsache werden. Wie kann man einem Volke, das in diesem Kriege so Hervorragendes geleistet hat, sagen, es sei nicht reif, an der Gestaltung sei- ner Geschicke mitzuwirken.

Graf v. Posadowsky trat für die Wohnungsreform ein. Regionen, der die Generalkommission der freien Gewerk- schaften vortrat, behauptete, daß die Arbeiter, um die bevorstehen- den wirtschaftlichen Kämpfe mit Erfolg führen zu können, vor allem ein von jeder Fessel befreites Koalitionsrecht brauchen. Ferner verwies der Redner darauf, daß es in Deutschland zahl- reiche Widerlächer des Arbeiterrechtes gibt und die Fortfüh- rung der Sozialpolitik auf erhebliche Widerstände stoßen wird. Diese zu überwinden, muß Aufgabe aller sozialpolitisch for- gesehnen Kreise sein.

Es sprach dann noch eine stattliche Reihe von Rednern, darunter der Zentrumsabgeordnete Trimborn.

Ausland.

Militärstreik in Norwegen. Die von den Führern der frühe- ren sozialistischen Opposition, der jetzigen Parteimehrheit in Norwegen entfaltete Agitation zur Entfaltung von Militärstreik zeigt bereits ernste Folgen. Dieser Tage kam es in Dron- theim zu großen Demonstrationen, die mit Zusam- menhängen verbunden waren, weil dort jetzt 800 Mann ihre Dienstverpflichtung ablehnen wollten. Die Bewegung scheint ihren Höhepunkt über den Kopf gewachsen zu sein. Nach den Be- richtungen nämlich der bekannte Syndikalistführer und jetzige Parteisekretär Tranmael die Demonstranten zu beruhigen, ohne Erfolg. Die norwegischen SyndikalistInnen dürften sich noch länger am Ruder halten, aber leider werden sie wohl erst zurückweichen, nachdem sie ein gut Teil dessen vernichtet haben, was die norwegische Sozialdemokratie während eines Menschen- alters aufgebaut hat.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in Schweden. Die in Schweden seit 8 Wochen im Gange befindlichen Wahlen für die Pro- vincialparlamente (Kreisparlamente) sind jetzt abgeschlossen. Ein eindeutiges Resultat liegt noch nicht vor, doch sollen nach „Politiken“ die beiden sozialistischen Parteien zusammen 38 neue Mandate zu erlangen imstande sein. In diesem Gewinn hat die Mehrheit mit 17, die radikale Minderheit mit 21 Man- daten teilgenommen. Da von den Kreisparlamenten die Mitglieder der ersten Kammer gewählt werden, so scheint nach diesem Re- sultat auch die Wahl einer Anzahl Vertreter beider Parteien in die erste schwedische Kammer gesichert zu sein. Unter den zu wählenden Vertretern der Linksozialisten dürfte sich auch der sozialdemokratische Bürgermeister Lindhagen befinden, der bekannt- lich bei den Wahlen zur zweiten Kammer im Herbst durchfiel.

Deutsches Reich.

Die Reichstagswahl in Tauberscheinfeld.

Tauberscheinfeld, 18. April. (M.B. Nicht amtlich.) Bei der heutigen Reichstagswahl im Wahlkreis Tauberscheinfeld—Tauberscheinfeld—Adelsheim wurde Dr. Behn- ter (Zentrum) mit 5368 Stimmen wiedergewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Durian an Hertling.

M.B. Wien, 18. April. (Nicht amtlich.) Der Minister des Äußeren Baron Durian hat an den Reichskanzler Grafen Hertling folgende Depesche gerichtet: S. A. u. K. aposto- lische Majestät, mein allergnädigster Herr, haben mich heute zum Minister meines Hauses und des Äußeren zu ernennen gerufen. Zudem ich Eure Erzellenz in meiner neuen Eigen- schaft wärmstens begrüße, gebe ich der Bitte Ausdruck, daß hochzuvertrauen das Vertrauen und Entgegenkommen, deren sich mein Amtsvorgänger in so hohem Maße erweisen durfte, auch meiner Person entgegenbringen mögen. Die Befestigung und der Ausbau des altbewährten Bündnisses mit dem deutschen Reich bilden seit jeher die Grundlage meines po- litischen Denkens und Fühlens. Auf dieser unverrückbaren Grundlage auch weiterhin weiterzubauen, erachte ich als meine vornehmste Pflicht, und so hoffe ich, daß es mir im treuen Ein- vernehmen mit Euer Erzellenz vergönnt sein möge, die ver- bundenen Mächte in nicht allzuferner Zeit dem erstrebten Ziele, einem gerechten und ehrenvollen Frieden zuzuföh- ren zu können.

Der fortschrittliche Unfall.

Nachdem ein fortschrittlicher Abgeordneter nach dem an- dern den Boden der Reichstagsresolution vom 19. Juli ver- lassen hatte, scheint jetzt die „Freisinnige Zeitung“ den Un- fall der Partei vorzubereiten. Das Blatt sagt:

„Die Reichstagsresolution hatte zur Voraussetzung, daß auch die anderen Völker den Willen zur Verständigung hätten. Diese Voraussetzung hat sich als trügerisch erwiesen. Unsere Feinde beharren darauf, uns militärisch niederzurufen und wo- möglich auch nach dem Kriege wirtschaftlich niederzuhalten. Es ist ganz selbstverständlich, daß bei solchen Absichten des Feindes unsere Stellung zum Friedensschluß nach einem siegreichen Kriege eine andere sein muß, als sie es gegenüber einem Gegen- ner gewesen wäre, der mit uns den Weg ehrlicher Verständig- ung rechtzeitig zu gehen bereit war. Wir werden ihm gegen- über dafür zu sorgen haben, daß der nur durch die Gewalt nied- ergerungenen Vernichtungswille auch für die Zukunft zu andern wird. ... Den fremden Eroberungswillen zu brechen, uns aber auch zu sichern gegen ähnliche Angriffe in der Zukunft, eine Gewähr dafür zu schaffen, daß sich unser wirtschaftliches und kulturelles Leben ungehindert durch äußere Gefahren wieder auf- richten und entwickeln kann, das ist unser Friedensziel. Und bei der Abmessung unserer Forderungen an die Gegner werden wir daran denken dürfen, daß sie unter Zurücklösung der von uns gebotenen Friedenshand uns zu neuen unerhörten Opfern gezwungen haben.“

Für Kriegsentfähigkeit.

München, 16. April. (M.B. Nicht amtlich.) Bei der Beratung des Haushaltes der Staatsschulden in der Abge- ordnetenkammer sprachen sich die Redner des Zentrums und der Liberalen gegen die Abwälzung der Staatsschulden auf die Bundesstaaten aus und begrüßten die feinerzeit gemach- ten Verringerungen des bayerischen Finanzministers auf For- derung einer Kriegsentfähigkeit von unseren Gegnern. Von seiten der Sozialdemokraten und der Regierung wurde in die Erörterung nicht eingegriffen.

Umkehrung der Tatsachen. Auf der Tagung des Gesamtvor- standes des Alldeutschen Verbandes zu Berlin erklärte der all- deutsche Vorkämpfer Graf Reventlow:

„Der von den Revolutionsparteiern nach wie vor beklagte Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg hat uns nichts Unverkennbares gebracht und alle unsere Voraus- sagen bestätigt.“

Die lagen die Dinge in Wirklichkeit? Gerade die Gegner der Alldeutschen haben, ehe der unbedrängte II-Boostkrieg ein- setzte, immer wieder darauf hingewiesen, daß diese Wahngabe das Eingreifen Americas in den Krieg zur Folge haben würde. Aber die alldeutschen Organe erklärten das für „Klaunakerei“ und behaupteten, bei den Eroberungen Wilsons würde es sich nur um einen echt amerikanischen Bluff. Jetzt hat man plötzlich alles vorausgesagt. Wenn das wahr ist, so haben die alldeutschen Blät- ter vor dem II-Boostkrieg abhichtlich das deutsche Volk über die zu erwartenden Konsequenzen irre geführt.

Das Dreiklassenwahlrecht — die Seele der Alldeutschen. An- schluß eines Artikels, in dem die nationalliberalen Abgeord- netenhausmitglieder inoffiziell gebeten werden, in der Ablehnung des gleichen Wahlrechts fest zu bleiben, löst die alldeutsche „Un- abhängige Nationalkorrespondenz“ folgenden komischen Stof- feusefer aus:

„Was hüte es uns, wenn wir die ganze Welt gewinnen und nehmen doch unheimlichen Schaden an Kreuzen, der Vor- und Kernmacht des Reiches?“

Der Sozialdemokratie wird von den Alldeutschen häufig vor- geworfen, daß sie in der Wahlrechtsfrage ihre Parteiziele über das Wohl des Ganzen stelle. Nun, dieser Stoffeusefer offenbart, daß die Alldeutschen lieber auf ihre gesamten mit so viel Eifer proklamierten Eroberungsziele verzichten, als daß sie an der reaktionären Herrschaft in Preußen rütteln ließen. Die Tran- sferierung des Wahlrechts „was hüte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewänne und nähme doch Schaden an seiner Seele“ erinnert viele daran, daß die Seele der Alldeutschen nicht Deutschlands Machtstellung nach außen, sondern die Herrschaft der Reaktion im Innern ist.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 18. April.

Am Bundesratssitzung. Der Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 15 Minuten. Die zweite Sitzung des Reichshausplans wird fortgesetzt. Abg. Meyer-Dorf (Natl.): Die Telefonverbindung bei Ferngesprächen läßt sehr viel zu wünschen übrig. Auch im

Telegrammverkehr hat man mit großen Verzögerungen zu rech- nen. So geht es nicht weiter. Bei verlorengegangenen Paketen sollte die Wertvergütung erhöht werden. Der Postdienstverkehr hat sich in erfreulicher Weise entwickelt. Auch die Landwirtschaft wird sich jetzt ihm wohl anschließen. Das Fernsprechnetz auf dem platten Lande muß gefördert werden. Die jetzt für die Beamten ausgeworfenen Feuerungsanlagen sind unzureichend. Die oberen Beamten sollten im Gehalt den preussischen Beamten gleichgestellt werden. Den ehemaligen Offizieren sollte im Postdienst eine an- gemessene Anrechnung ihrer militärischen Dienstzeit zuteil werden. Den Oberpostdirektoren sollte der Titel Präsident verliehen wer- den. Daß den unteren Beamten der Aufstieg ermöglicht wird, freut uns. Die Anstellung der Kriegsbeschädigten begrüßen wir freudig. Die Techniker dürfen nicht lange Stiefel der Post- verwaltung bleiben. Für die weiblichen Angestellten freuen wir uns, daß ihnen unkündbare Stellen eingeräumt werden. Im Falle der Verbeiratung sollten die Beamtinnen, die sich einen An- spruch auf Ruhegehalt erworben haben, eine Abfindung erhalten. Die Einrichtung von Beamtenauschüssen ist notwendig. Es stellt das Vertrauen, wenn die Beamten gewürdigt werden, an der Gestaltung ihres Dienstverhältnisses mitzuwirken. Die Kriegs- jahre müssen bei der Pensionierung angemessen berücksichtigt wer- den. Der gute Ruf der Post wird wieder hergestellt sein, wenn sie ihre Beamten wird wieder auswahlen können.

Abg. v. Flemming (Natl.): Rückhaltsloses Einschreiten gegen die Postdiebstähle ist notwendig. Es ist fraglich, ob die Strafe- stimmungen ausreichen. Kinderreichen Familien sollen unabhängig von der Befoldungsfrage ausreichende Unterhaltungen zuteil wer- den. Landbriefträger und Postverwalter müssen besser gestellt werden. Die Ostmarkenzulagen sollten wieder eingeführt werden.

Staatssekretär Mühlstein: Beim Postdienstverkehr wird bei Ueber- schreibung von eingehenden Postanweisungen auf ein Postsch- lusskonto keine neue Gebühr erhoben. Die Vermehrung der Post- schiedämter wäre keineswegs ein Vorteil. Die Einschreibebücher sind nicht wegen der etwaigen Ersatzpflicht aufgehoben worden. Presseferngespräche Berlin—Wien sind zurzeit noch nicht möglich. Es ist mir nicht bekannt, daß Leute über 40 Jahre nicht mehr bei der Post angestellt werden. Die Verhandlung mit den Beamten- verbänden ist wegen der großen Zahl dieser Verbände nicht mög- lich. Grundfällige Bedenken habe ich nicht. Statt der Feuer- rungszulagen wollen unsere Postarbeiter lieber Lohnerhöhungen, die wir ihnen auch in ausgiebigem Maße gewähren. Die hier vor- gebrachten Wünsche über die einzelnen Beamtengattungen werden wohlwollend geprüft werden.

Abg. Bruhn (D. Fr.): Die Zulagen für die Postbeamten ge- nügen nicht, namentlich wenn man die kolossal hohen Löhne in der Industrie in Vergleich stellt. Die Ueberlastung des Telegraphen- netzes ist mit auf die übermäßige vielen militärischen Depeschen zurückzuführen. Vieles könnte brieflich erledigt werden, namentlich im Verkehr mit militärischen Stellen im Inland. Der Staatssekre- tär hat sich dahin ausgesprochen, daß er den Beamten und den Beamtenorganisationen mit Wohlwollen entgegenkommen will. Das hat er auch jetzt schon bewiesen. Für Titelschmerzen ist die Zeit jetzt zu ernst. Der Handwerkerstand muß durch die Reichs- ämter möglichst mit zu tragen bedacht werden. Wir haben volles Vertrauen zu dem neuen Staatssekretär und mit uns die Beamtenschaft.

Abg. Jubeil (U. Soz.): Bei keiner anderen Verwaltung herrscht so die Günstlingswirtschaft wie bei der Post. Wir müssen abwarten, ob es dem Staatssekretär gelingen wird, den Widerstand der eingefleischten höheren Beamten gegen Neu- rungen zu brechen, und ob er bei seinen Reformen auch an die Arbeiter und Handwerker denken wird. Den Telegraphenarbeitern müssen Wochenslöhne gezahlt werden. Bei den Aufsichtsbeamten könnte manches gepakt werden. Den Aushebern, unter denen sich viele verheiratete Frauen befinden, sollte genügender Erlo- hungsurlaub und ein Freitag in der Woche gewährt werden. Bei den Postdiebstählen sollte nicht mit zweierlei Maß gemessen wer- den. Die Unterbeamten werden streng bestraft, Oberbeamte da- gegen kommen in ein Sanatorium. Die gegenwärtigen Zimmer- löhne und Gehälter der Unterbeamten können nicht länger auf- rechterhalten werden.

Abg. Dr. Hasag (Eli.): Durch die Brief- und Telegramm- genjur in Reiche, die von jungen Damen ausgeht, tritt eine unliebsame Verzögerung des ganzen Verkehrs ein. Jetzt im vierten Kriegsjahre sollte hier Erleichterung geschaffen werden. Staatssekretär Mühlstein: Die Pensionskasse für Telegraphen- arbeiter ist längst in Aussicht genommen. Während des Krieges ist es aber nicht möglich, sie ins Leben zu rufen. Ein Unterschied zwischen höheren und Unterbeamten wird bei der Bestrafung von Postdiebstählen nicht gemacht. Die Postüberwachungsstellen im Reichslande unterliegen nicht meinem Einfluß. Diese Beschwerden müssen beim Oberpostdirektor vorgebracht werden.

Abg. Dr. Luard (Soz.): Man sollte die Befoldung der Frauen nicht von vornherein tief unter die der Männer stellen, obwohl sie vielfach genau dasselbe leisten. Die Frau wird uns noch lange für die Uebergangszeit notwendig sein.

Abg. Gugelmeier (Natl.): Viele Behinderungen des Post- und Telegraphenverkehrs können beseitigt werden. Den Militärämtern in Elsaß-Lothringen sollte abgeholfen werden, um nicht Missstän- dung in den Volkskreisen zu schaffen, die mehr unter dem Kriegs- leiden, als die im Innern Deutschlands.

Abg. Sivonich (N. Bg.): Die Arbeitsfreudigkeit der geborenen Unterbeamten muß durch Erfüllung ihrer Wünsche erhalten werden. Die Postfreiheit der Fürsten sollte in einer Zeit, in der dem Volke neue gewaltige Opfer auferlegt werden, endlich ver- schwinden.

Die Abgg. Behrens (D. Fr.) und Seemann (Natl.) bringen Wünsche verschiedener Beamtencategorien sowie der Hilfskräfte zur Sprache.

Staatssekretär Mühlstein spricht die Vertiefung der Postver- waltung für die Frauennarbeit aus und geht kurz auf die Bemerk- ungen der Vorredner ein.

Darauf wird Titel I, Gehalt des Staatssekretärs, sowie der Entwurf einer fünften Ergänzung des Befoldungsgesetzes, sowie die Resolution Hubrich einstimmig angenommen.

Um 10 Uhr wird die Weiterberatung auf Samstag, 20. April nachmittags 3 Uhr, vertagt.

Aus dem Bundesrat.

Berlin, 18. April. (M.B. Nicht amtlich.) In der heuti- gen Sitzung des Bundesrats sind die Gesetzentwürfe eines Arbeiterkammergesetzes und eines Gesetzes betr. die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung ange- nommen worden.

Gewerkschaftliches.

Heinrich Schneider gestorben.

Der Redakteur des „Profetiers“, Verbandsorgan des Fabrikarbeiterverbandes, Heinrich Schneider, ist am Sonntag im hiesigen Krankenhaus zu Hannover plötzlich verstorben. Der Tod trat infolge eines Unfalls ein, den sich der Verstorbenen am Freitag nachmittag auf der Straßenbahn zugezogen hatte.

Am 18. September 1876 als Sohn eines Schuhmachers geboren, vervollständigte Schneider in späteren Jahren seine dürftige Dorfschulbildung bald durch eifriges Selbststudium. Als ungelerner Arbeiter war er in verschiedenen Industriezweigen tätig, er trat im Jahre 1902 dem Fabrikarbeiterverband bei. Schon 1905 wurde er Geschäftsführer der Zählstelle Meisen des Fabrikarbeiterverbandes, ein Jahr darauf Redakteur des Verbandsorgans. Das von ihm geleitete Gewerkschaftsblatt erstreckte sich über den Kreis der Berufsangehörigen hinaus wegen seines guten Inhalts allgemeiner Beachtung. Besonders aber trat Schneider in der Öffentlichkeit hervor mit einigen seiner schriftstellerischen Arbeiten, von denen besonders „Statistische Schönfärbereien“ und „Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie“ zu nennen sind. Nebenher war Schneider auch politisch tätig. Bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1912 kandidierte er im 14. hannoverschen Wahlkreis, unterlag aber in der Stichwahl dem nationalen Gegenkandidaten.

Seine Berufsorganisation und die deutsche Gewerkschaftsorganisation verlieren an dem zu früh Dahingegangenen einen eifrigen Verfechter ihrer Interessen, von dem noch manch Nützliches zu erwarten war; sie werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Kommunalpolitik.

Ein neues Schulgesetz für den hamburgischen Staat.

Der hamburgische Staat schafft ein neues Schulgesetz. Eine in eine Wiedererhebung und Beurteilung von Einzelheiten hier eintreten zu können, sei hervorgehoben, daß in der Schulverwaltung der Selbstverwaltungsgedanke auf die Beteiligung der Lehrerschaft aller Grade und der Eltern der Schüler ausgeht. Die Landesverwaltung der Lehrer zeitgemäß ausgebaut, der Volksschulunterricht über die achtfährige Schulpflicht hinaus durch Ausbau eines wahlfreien neunten Schuljahres erweitert, durch Ubergangsklassen begabten Volksschülern der Weg in die höheren Schulen gebahnt, die Lehrerbildung durch Vorlesungen und Übungen für die Hilfslehrer und -Lehrerinnen und durch Ausdehnung der Seminarbildung der Lehrerinnen erweitert werden soll. Andere auf der Linie des Fortschritts liegende Bestimmungen finden sich zahlreich in dem Gesetzentwurf. Den Schulverhältnissen wird unter Vereinfachung aller Schulverwaltungs- und Aufsichtsbefugnisse ein sachgemäß bestimmtes Arbeitsgebiet zugeteilt. Die Schulpflicht wird sachgemäßer als in den meisten deutschen Schulgesetzen festgesetzt: acht Jahre, mit dem 1. April nach Vollendung des 6. Lebensjahres beginnend. Die Schulgesundheitspflege soll gesichert und gefördert werden. An die Stelle der zweiten Lehrprüfung soll eine Fortsetzung der Berufsausbildung während der ersten beiden Dienstjahre treten. Die Aufgabe der Volls- und der höheren Schule wird zeitgemäß bestimmt. Die Zahlung von Unterhaltungsbeiträgen für begabte ärmere Kinder wird vorgesehien. Die Bestimmungen über den Religionsunterricht erkennen die Freiheit des Bekenntnisses und der Bekenntnislosigkeit an.

Daneben stehen leider Bestimmungen, die in einem neuzeitlichen deutschen Schulgesetz kaum Platz finden sollten. Die Lehrbefähigung der Volksschullehrer wird härter beschränkt als in anderen Staaten. Das Schulgeld soll auch in der Volksschule beibehalten werden. Die vorgezeichneten Ermäßigungen und Befreiungen können die grundsätzlichen Bedenken hiergegen nicht beseitigen. Die Volksschulen bleiben bestehen. Die einheitliche Gestaltung des Schulwesens ist also nicht beabsichtigt und damit die wichtigste Gegenwartsforderung auf dem Gebiete des Volksunterrichts unberücksichtigt geblieben.

Gegen die Wohnungsnot. In Bretten fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Scheneman eine aus allen Teilen der Bevölkerung stark besuchte Versammlung statt. Nach einem Vor-

trag von Herrn Dr. Bittel aus Karlsruhe wurde eine Ortsgruppe des „Bad. Landeswohnungsvereins“ gebildet. Mit Beschleunigung soll eine gemeinnützige Baugenossenschaft gegründet werden, um der dringenden Wohnungsnot abzuhelfen. — Wie die „Mitteilung des Landeswohnungsvereins“ bekanntgeben, wurde für eine Reihe von badischen Städten grundsätzlich die Genehmigung erteilt, Dachwohnungen unter gewissen Voraussetzungen zu zulassen. Die Vermieter haben sich hinsichtlich der Mietverträge und Preise den Bestimmungen der Behörden zu unterwerfen. Die Zulassung gilt zunächst auf vier Jahre.

Das Gemeindevermögen der Stadt Offenburg beträgt 12 825 810 Mk., die Schulden 7 728 967 Mk., das reine Vermögen 5 096 843 Mk. Die Ortstitelungen haben ein Reinvermögen von 811 918 Mk.

Aus der Partei.

Die Wahlen werden teurer. Unsere Organisationsleiter wird es interessieren, wie teuer sich künftige Reichstagswahlen gestalten werden. Die Herstellung der Stimmzettel war früher immer eine ziemlich nebensächliche Ausgabe. Bei der Reichstagswahl von Niederbarnim kostete das Papier für die Stimmzettel allein — ohne Druck — circa 2000 Mark. Zu den Reichstagswahlen kommen die für den preussischen Landtag. Unter dem gleichen Wahlrecht — das kommen muß — werden sie ein anderes Gesicht zeigen als bisher, aber auch ihre Kosten werden steigen.

Berichtszeitung.

Schwurgericht Offenburg. Tagesordnung für das Schwurgericht des zweiten Vierteljahres 1918: 1. Montag, 22. April, vormittags 9 Uhr: Anklage gegen Elisabeth Lotz von Neßleried wegen Kindeslähmung 2. Montag, 22. April, nachmittags 4 Uhr: Anklage gegen Franz Union Huber Ehefrau von Ostbach wegen Brandstiftung. 3. Dienstag, 23. April, vormittags 9 Uhr: Anklage gegen Friedrich Krefz von Müdenkopf wegen Meineids.

Ein niedliches Sittenbild. Die Straßburger Strafkammer beschäftigte sich laut „Straßburger Post“ in einer längeren Verhandlung mit der 24jährigen Hausdame Therese Breimeier aus Konstanz. Während des Krieges half sie in Konstanz ein zum Heeresdienst eingezogener Arbeiter Professor, der im Ehegerichtsverfahren stand, mit ihr Beziehungen an, nahm sie auch bei vorübergehender Entlassung aus dem Militärdienst in seinen Haushalt auf und lebte mit ihr zusammen. Nach erneuter Einziehung rückte er an sie Briefe, in denen er sie als seine Frau bezeichnete; als die Angeklagte aber schließlich Mutter geworden war, weigerte er sich, die Vaterschaft des Kindes anzuerkennen. Dies und der Umstand, daß die Breimeier wegen des als Betrug aufgefaßten Anlaufs teurer Kleider, ohne zu bezahlen, in Karlsruhe für mehrere Wochen ins Gefängnis kam, trennte die beiden.

Der Professor wurde inzwischen einem Straßburger Truppenlager zugeteilt und die Breimeier reiste ihm dorthin nach. Er nahm sie wieder auf, erwirkte für sie als „Braut“ Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis und fütterte sie mehrfach, teils als seine Braut, teils als seine Gattin, ein. In zahlreichen Fällen, in denen die Breimeier unter Hinweis auf diese Beziehungen kleinere und größere Darlehen erhielt, eine Wohnung bezog und sich auf Kredit bewirten ließ, wurde nun Anklage wegen Betrugs erhoben. Die Beschuldigte erklärte, daß nur das Verhalten ihres Liebhabers, der ihre Kleider in Karlsruhe eingeschlossen hatte, sie zu ihrem Vorgehen veranlaßt hatte. Die Strafkammer hielt sie jedoch für schuldig und verurteilte sie derwegen zu einer Gesamtstrafe von fünf Monaten, wobei als strafmildernd in Berücksichtigung gezogen wurde, daß sie geistig nicht vollwertig ist und daß ein guter Teil der Verantwortung für ihr Tun ihrem „Freund“ zur Last fällt.

Baden.

Der Ausschuss für Volksernährung des Landtags

begann am Mittwoch die Beratung über den Titel X der Denkschrift der Groß. Regierung über die wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges. Der Titel umfaßt das ganze Gebiet der Lebens- und Futtermittelversorgung. Auf-

Anregung des Berichterstatters Abg. Köhlin (Nat.) wurden die Fragen der Lebensmittelversorgung des Fremdenverkehrs vorweg genommen. Aus dem eingehenden Verhandlungen ist hervorzuheben, daß für 1918 eine Beschränkung des Fremdenverkehrs nicht zu umgehen sein wird. Die Regierung will eine Kontingentierung nach Aufenthaltsdauer in Verbindung einer solchen nach der Zahl der Ueberrachtungen einführen, wobei nicht schematisch, sondern nach den besonderen Verhältnissen und unter Berücksichtigung der Interessen der eigentlichen Kurplätze vorzugehen werden soll. Angeregt wird ein Verbot der Abgabe von Speisen nach der Karte, scharf beurteilt die eine ausreichende Belieferung der einzelnen Kommunalverbände gefährdende Gasterei der Fremden, gegen welche scharfe Maßnahmen zu ergreifen sind. Ernstlich bemängelt werden die den Schwarzwälder Gastwirten für das Reinzeug seitens der Reichsbedienstetellen bezahlten Preise; die Groß. Regierung sagt Prüfung dieser Frage zu. Gefordert wurde hinsichtlich der beschränkenden Fremdenverkehrsbestimmungen einheitliche Maßnahmen. Ferner wird in der Vormittags-Sitzung der Titel „Öffentliche Bewirtschaftung und bewirtschaftende Stellen“ in Angriff genommen und dabei u. a. die Geschäftsführung des Städteeinkaufs und der Kommunalverbände besprochen. In der Nachmittags-Sitzung wird zunächst der Rest des Berichtes des Abg. Strobel (Soz.) mit Titel XI „Maßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege“, erledigt. Besonders Interesse beanspruchten die Fragen der Maßnahmen zugunsten der Kriegsteilnehmer und deren Angehörigen, wobei u. a. hinsichtlich der Todeserklärungen Anregungen gegeben wurden. Schutzmaßnahmen auch für fernere Jahre werden für den Grund- und Hausbesitz angeregt, da sonst ernsteste Folgen zu befürchten sind. Dem Reich und den Bundesstaaten erwachsen hier große Aufgaben, deren befriedigende Lösung im Interesse unseres Wirtschaftslebens erwartet werden darf. Dann wird in der Beratung des Titels X fortgefahren. Mogen werden über die Geschäftsführung des südwestdeutschen Städteeinkaufs vorgebracht, dessen Preise vielfach übersteigt, dessen zur Verteilung gelangenden Waren häufig zu beanstanden sind. Verlangt wird, daß die Summen, welche der Städteeinkauf als Beauftragter des Staates erübrigt, auch dem Staate zufließen.

Die staatliche Verbürgung 2. Hypotheken.

Die Justizkommission der Zweiten Kammer beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom Mittwoch mit dem Gesetzentwurf über die staatliche Verbürgung 2. Hypotheken zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen (Wirtschaftsministergesetz). Das vorliegende Gesetz soll einem längst empfundenen Bedürfnis abhelfen; es soll die Bürgschaft für zweifelhafte Hypotheken, die seither nur sehr schwer, oder doch nur unter erschwerten Umständen zu beschaffen waren, ermöglichen. Zu diesem Zwecke wird ein Grundstuck von 500 000 Mark geschaffen, welcher zur Deckung der dem Staate aus dem Bürgschaftsgesetz erziehenden Verpflichtungen dient. Die Gesamthöhe der zu übernehmenden Bürgschaften auf das Jahr 1918 wird der jeweils verfügbaren Bürgschaftssicherung nicht übersteigen. In grundsätzlicher Hinsicht bestanden in dem Ausschuss gegen das Gesetz keine Bedenken. Um aber bereits sich geltend machenden außerordentlichen Anforderungen der größeren Städte Rechnung zu tragen, wurde beschlossen, die Gesamthöhe der zu übernehmenden Bürgschaften auf das 15fache der verfügbaren Bürgschaftssicherung zu erhöhen. Damit ist die Möglichkeit einer Bürgschaft von ungefähr 7 1/2 Millionen Mark geschaffen und den zurzeit bestehenden Bedürfnissen Rechnung getragen. Eine Beschlußfassung über den Gesetzentwurf erfolgte noch nicht.

Die Reichsentfädigung bei Fliegergeschäden.

Der badische Reichs- und Landtagsabgeordnete Wirtz (Zentrum) hatte im Reichstag eine Anfrage eingebracht über die Gewährung von Vorschußen aus der Reichskasse an die badische Regierung für die Gewährung von Vorschußleistungen bei feindlichen Fliegerangriffen. Auf diese Anfrage ist eine Antwort eingegangen, in welcher es u. a. heißt: Die

Der Kampf der Mütter!

In der „Penikese-Korrespondenz“ des Deutschen Sprachvereins schreibt Otto Jöhlinger:

Nicht nur die Männer spielen in diesem Kriege eine Rolle, sondern auch die Frauen; der Krieg ist zu einem großen Teil „eine Leistung der Mütter.“ Gerade die Mütter sind von großem Einfluß auf Sieg oder Niederlage. Denn die Geburtenziffer ist von ungeheurer Bedeutung, wenngleich sie allein nicht für die Kriegsergebnisse entscheidend ist. Die Zahl an sich entscheidet noch nicht den Krieg; auf die Disziplin, auf die Ausbildung, auf die Höhe der Kultur kommt es an. Stehen aber zwei Völker auf gleicher Kulturstufe, dann spielt die Volksvermehrung eine große Rolle.

Unter den Kulturstaaten steht Deutschland in bezug auf Volksvermehrung an der Spitze: bei uns ist die Geburtenziffer am höchsten. Der Ueberschuß an Geburten betrug im Jahre 1910 879 113, im Jahre 1900 759 757. Ermöglicht wurde diese Steigerung des Ueberschusses dadurch, daß es gelungen ist, die Ziffer der Todesfälle zu senken. Dank der erfolgreichen Leistung unserer Medizin ist die Zahl der Todesfälle in der gleichen Zeit von 1,3 auf 1,1 Million gesunken. Hier haben wir es mit einem Sieg der ärztlichen Kunst zu tun, der außerordentlich erfreulich ist und Triumphe auf dem Gebiete der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit feiert.

Am traurigsten sind die Verhältnisse in Frankreich. Dem deutschen Geburtenüberschuß von 879 113 steht eine französische Geburtenüberschussziffer von 11 424 gegenüber. Während Deutschland seit 1870 eine Bevölkerungsvermehrung von rund 28 Millionen Menschen erfahren hat, ist die Bevölkerungsziffer in Frankreich nur unwesentlich gestiegen. Einer deutschen Zunahme von 61 Proz. seit 1870 steht eine französische um nur 9 Proz. gegenüber. Während in Deutschland auf 1000 Bewohner jährlich 32,8 Geburten kommen, weist Frankreich nur eine Ziffer von 19 auf. Dieser Zahl steht eine Sterbeziffer in Deutschland von 15, in Frankreich von 18 gegenüber, so daß ein Geburtenüberschuß in Deutschland von 12, in Frankreich von 1 verbleibt. Die Ursachen liegen nicht in der Unfruchtbarkeit der französischen Rasse, sondern es ist etwas bewußt Gewolltes, was die französischen Mütter seit Jahrzehnten vornehmen, jene Ueberkultur und jenes Bestreben, infolge der Be-

chränkung der Kinderzahl ein möglichst gesichertes Auskommen zu haben. Ein ausgezeichnete Kenner, der schwedische Historiker Kjellen, sagt: „Dieser rein geistliche Individualismus droht für die französische Nation eine Krankheit zu werden, die mit dem Tode endigen muß. Schon seit langem bleibt in Frankreich die Bevölkerungszunahme weit hinter dem „Soll“ zurück, und ohne eine Einwanderung würde Frankreich geradezu eine Abnahme der Bevölkerungsziffer aufweisen; ja es hat sogar Jahre gegeben (1907), in denen die Todesfälle häufiger waren als die Geburten.“

Der jetzige Krieg muß in bevölkerungswirtschaftlicher Hinsicht verheerend auf ein Land wie Frankreich wirken. Nichts läßt Frankreichs Stoffkraft so sehr, wie die Frage des Nachwachses, und gerade hier haben wir eine der Ursachen der französischen Sehnüchtheit nach Elb-Lothringen zu suchen.

Glücklicher als Frankreich steht England da. Die Vermehrungsziffer in England ist höher als die französische. Aber eine schärfere Untersuchung zwingt auch hier zum Nachdenken. Zwar ist die Ziffer der Sterbefälle in England etwas geringer als in Deutschland, andererseits läßt sich nicht verkennen, daß die Leistung der englischen Mutter erheblich hinter derjenigen der deutschen Frau zurückbleibt. Der deutschen Geburtenziffer von 32,8 auf 1000 Tausend steht eine englische von 26,1 gegenüber; der deutschen Todesziffer von 17,2 eine englische von 14,6. Der Geburtenüberschuß ist also in Deutschland größer, namentlich da Deutschland 28 Millionen Menschen mehr besitzt als England. Im Laufe des Jahrhunderts ist die Bevölkerung Deutschlands von 21 auf 56 Millionen, diejenige Großbritanniens nur von 16 auf 42 Millionen gestiegen. Dabei spielt die Auswanderung in England eine viel größere Rolle als in Deutschland. Wenn England nicht eine erhebliche Einwanderungsziffer hätte, so würde in vielen Jahren überhaupt keine Vermehrung der Bevölkerung eintreten. Kjellen spricht bereits davon, daß England in spätestens einem Menschenalter die französischen Zustände erreicht haben wird, und sagt dann wörtlich: „Sollte sich dies bewahrheiten, dann helfen die übrigen Voraussetzungen wenig. Dann hat das Volk selbst den Grund seiner Herrschaft untergraben.“

Ein ganz anderes Bild als die bisher genannten Länder zeigt Rußland. Ungeheuer ist die Geburtenziffer, aber ebenso ungeheuer ist auch die Sterbeziffer; nicht weniger als

44 von 1000 Geburten und 29 Todesfälle auf 1000 Bewohner, d. h. beinahe doppelt so viel wie in Deutschland.

Nach dem Kriege wird in allen Ländern eine gewaltige Lücke auszufüllen sein, am gewaltigsten in Frankreich. Und nach den Erfahrungen, die man im letzten Jahrzehnt gemacht hat, unterliegt es keinem Zweifel, daß in dem Kampfe der Mütter die deutsche Mutter weither Siegerin bleiben wird, wie sie es vorher gewesen ist. (Vorausgesetzt vielleicht, daß eine vernünftige Sozialgesetzgebung ihr dabei willig entgegenkommt. Die Red.)

Unterhaltung und Belehrung

Vanderbilt's Henne.

Ein amerikanisches Blatt erzählt folgendes, für die Yankee Journalisten und das, was man dem Zeitungsleser im Dollarlande zumuten darf, bezeichnende Geschichtchen über die Art und Weise, in der der Multimillionär Vanderbilt sein erstes Geld verdiente. Als der spätere Finanzfürst noch ein kleiner Junge war, beobachtete er eines Tages, daß Hennen, wenn sie ein Ei gelegt haben, sich stets erheben und nachsehen, ob die Sache auch in Ordnung ist. Diese merkwürdige Gewohnheit der Hennen veranlaßte Vanderbilt, sich eine Methode auszugleichen, um Geld zu verdienen. Er machte sich ein Nest geacht, das so beschaffen war, daß sein Boden, durch das Gewicht des Eies bestärkt, umklappte, sobald das Ei in ein darunter angebrachtes Netz fiel, worauf der Boden wieder in seine ursprüngliche Lage zurückkehrte. Vanderbilt kaufte sich nun eine Henne und setzte sie auf dieses merkwürdige Nest. Als sie legte die Henne ihr köstliches Ei und guckte nach, ob es richtig da sei, war aber nicht wenig erstaunt, als sie das Netz leer sah. Sie legte nun nochmals ein Ei; doch wieder fiel es ins Netz. Die Henne legte ein drittes und viertes Ei und fuhr den ganzen Tag so fort, bis sie gegen Abend so ängstlich wurde, daß sie sich zum Schlafen niederlegte. Am nächsten Tage fuhr sie indes mit dem Legefort, und Vanderbilt fuhr nach der Stadt und verkaufte dort seine Eier. „Die Henne“, so erzählt der amerikanische Journalist, „legte eine Million Eier, ehe sie den Kniff ihres Eigentümers entdeckte. Doch dem Tage, als dies geschah, wurde sie so böse, daß sie nie ihrem Leben wieder ein Ei legte.“

Reichshaus 640 000 in Baden-Landeshaushalt etwa wo erstattung schaffe zu

In Besatzung von in Artikel dem Bericht über die 2. Angelegenheiten des Staatsbesuches halbschuldig den Krieges der Regierung Einkommen einer Gefährdung Kenntnisnahme, hierum, 1. Sitzung ab

Die 2. Sitzung ab

Die 3. Sitzung ab

Die 4. Sitzung ab

Die 5. Sitzung ab

Die 6. Sitzung ab

Die 7. Sitzung ab

Die 8. Sitzung ab

Die 9. Sitzung ab

Die 10. Sitzung ab

Die 11. Sitzung ab

Die 12. Sitzung ab

Reichshauptkasse ist angewiesen worden, den Voranschlag von 640 000 Mk., um den die Gr. Regierung zur Vergütung der in Baden entstandenen Kriegsschäden erndt hat, an die Landeshaupthauptkasse in Karlsruhe zu zahlen. Der Herr Reichshauptkasse ist damit einverstanden, daß die badische Regierung etwa weiter erwachsende Schadenbeträge halbjährlich zur Erstattung anmeldet und ist bereit, ihr zu diesem Zweck Voranschläge zu leisten.

Aus den Landtagskommissionen.

In der Budgetkommission der Zweiten Kammer stand zur Beratung der Gesetzentwürfe über die vorübergehende Zulassung von Ausnahmen von der Vorschrift über die Bierbereitung in Artikel 6 des Biersteuergesetzes vom 30. Juni 1896. Nach dem Bericht des Abg. Göhring und Beiprägung einiger grundsätzlicher Punkte, wurde der Gesetzentwurf einstimmig angenommen. Ueber die Bitte der Gemeinde Pfalz, Verlegung in die 2. Ortsklasse des Wohnungsgeldtarifs, wurde, da die Angelegenheit nicht ordnungsgemäß entfällt, Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Die Petition des Bundes der Staatsbeamtenvereinigungen in Mannheim, Erhöhung der Gehaltszulage, wurde als durch die in der Zwischenzeit bewilligten Kriegszulagen für erledigt erklärt, ebenso die Petition des Daniel Keiser in Kronau, Vorenthaltung der Feuerungszulagen betreffend. Dem Antrage Kolb und Gen. Einkommensbesteuerung betr., wurde zugestimmt. Die Petition einer Anzahl von Ruhegehaltsempfängern um günstigere Festsetzung ihrer Pensionverhältnisse, wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. Das Schreiben des Finanzministeriums, Berücksichtigung der Kriegszulagen bei der Festsetzung der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung betr., wurde zur Kenntnis genommen und dem Antrage Wittmann und Gen. unter Anfügung eines inangemessenen Zulages zugestimmt. Die Regierungsvorlage über Wohnungsgeld wurde ohne Beanstandung angenommen.

Die Schulkommission der Zweiten Kammer beschäftigte sich mit der Frage der Einführung des Religionsunterrichts in der Gewerbe- und Handelsschule, hinsichtlich deren eine Erklärung des Ministeriums des Innern mitgeteilt wurde. Da die Präzedenz sich noch mit der Frage beschäftigen sollen, wurde die Sitzung abgebrochen.

Stadtsrat, 18. April. Die Allgem. Krankenrente hat in Karlsruhe ein Erhaltungsfestmessen errichtet, dessen Eröffnung am Sonntag mit einem dem Erntedankfest entsprechenden Fest stattfand. An dieser Feier nahmen gegen 100 Personen teil, darunter der Stadtrat Bruchsal bereits vollständig, das Stadtoberhaupt von Herrenbach, eine Vertretung der freien Vereinigung badischer Krankenkassen sowie viele Vertreter benachbarter Krankenkassen. Mit dieser neuen Schöpfung ist die Krankenrente als erste mittlere Klasse in die Reihe der größeren Klassen eingereiht, die bereits eigene Erhaltungsfeste besitzen.

Mannheim, 17. April. Am Montag wurde ein 56 Jahre alter, vermittelbarer Kaiser aus Calw oberhalb des 3. Hofenbedens in Rheinau in bewußtlosem Zustande aus dem Wasser gezogen.

Friedrichshafen, 17. April. Ein Kammerer von hier wurde im Oberwald vom Schindal erlegt. Seine Beute, in Gestalt eines abgetötenen Schweines und Kalbes, in Säcken verpackt, wurde ihm abgenommen. Er selbst wurde verhaftet.

Mannheim, 17. April. Ein Reisender hatte ohne die bestehenden Vorschriften zu beachten, Schmieröl für seine Kunden bestellt. Der Reisende und die Firma, bei der er das Öl bestellt hatte, wurden zu je 10 000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Freiburg, 18. April. (Nicht amtlich.) Das Reichsanleihegesetz zur 8. Kriegsanleihe beläuft sich im Bezirk Freiburg einschließlich der hiesigen Banken und der Sparcassen auf 11 Millionen Mark gegen 47 Millionen Mark bei der 7. und 45 Millionen Mark bei der 6. Kriegsanleihe.

Die Höchstpreise für Spargel und Nhabarber. Die Preiskommission für das Großherzogtum Baden hat mit Zustimmung der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung, die Erzeugnisse für Spargel, Spinat und Nhabarber festgesetzt wie folgt: Spargel 1. Sorte 80 Pf. das Pfund, Spargel 2. Sorte 60 Pf. das Pfund, Spinnenparagel 20 Pf. das Pfund, Spinat 15 Pf. das Pfund, Nhabarber 10 Pf. das Pfund. Zu verlesen sind: Unter Spargel 1. Sorte: Weichköpfige Stangen von 20-22 Zentim. Länge, von denen jede mindestens 30 Gr. wiegt, unter Spargel 2. Sorte: Spargeln, die nicht zur Sorte 1 über zu Spinnenparageln gehören; unter Spinnenparageln: Stangen, die weniger als 20 Gramm wiegen, oder die gebröckelt oder zerlegt sind. Die badische Gemüseversorgung hat angeordnet: Der Versand und jegliche Ausfuhr von Spargeln mit der Bahn oder dem Dampfschiff oder mittels Fuhrwezes, als Traqlast, Gepäd und dgl. nach Orten außerhalb des Großherzogtums ist nur mit einem von der Reichsstelle der badischen Gemüseversorgung beim Einkauf Südwestdeutscher Städte in Mannheim abgeordneten Frachtbrief, Expressaufsicht und Beförderungsschein zu bewerkstelligen.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 19. April.

Ergebnisse der Kriegsanleihe.

Bei den Karlsruher Banken wurden 125 Millionen Mark zur 8. Kriegsanleihe gezeichnet, gegen 100 Millionen bei der 7. und 112 Millionen bei der 6. Kriegsanleihe.

Socialdem. Verein. Wie aus dem Interatenteil ersichtlich, findet am Mittwoch, den 24. April, abends 8 Uhr, in der Reiterkaserne „Auerbahn“ die diesjährige Generalversammlung statt, worauf wir auch an dieser Stelle aufmerksam machen.

Feierabend. Der Sohn unseres Parteigenossen H. H. H. wurde für Tapferkeit vor dem Feinde zum Unteroffizier ernannt.

60. Geburtstag. Geh. Oberregierungsrat Dr. Cron konnte seinen 60. Geburtstag feiern. Der Jubilar war längere Zeit als Landrat in Wiesloch, Badkirch und Billingen tätig. Seit 1898 leitet er das Landesgewerbeamt. Bei Ausbruch des Krieges hatte er sich als Hauptmann der Landwehr dem Vaterlande zur Verfügung gestellt und wurde zum Major befördert. Neben anderen Ehrenämtern leistete er Dienste im Stappengebiet Belgiens und Frankreichs und wurde zum Major befördert. Neben anderen Auszeichnungen hat er sich auch das Eisene Kreuz 1. Klasse erworben. Seit letztem Herbst ist ihm die Regelung der Obst- und Gemüseversorgung übertragen.

Die Marmeladefabrikation während des Krieges. Auf Veranlassung der Reichsstelle für Obst und Gemüse fand gestern von Vertretern der städtischen, staatlichen und kommunalen Behörden und der Presse eine Besichtigung der Karlsruher Betriebe, die die Herstellung eines Brottauffrisses, Marmelade, übernommen haben, statt. Zunächst wurde der Betrieb der Sinnergesellschaft A.G. besichtigt. Dort begrüßte im Namen der Reichsstelle für Obst und Gemüse Herr Sinner-Berlin die Erschienenen. Dr. Lohmann legte die Bedeutung der Marmeladefabrikation für die Volksernährung dar. Er zeigte, wie unser Durchhalten während des Krieges nur durch die Intensivität der Landwirtschaft möglich war. Hieron — führte er aus — bilde der Zuckerrübenbau die Grundlage und dieser sei auch während der bevorstehenden Kriegswirtschaft zu pflegen. Dazu diene auch die Marmeladefabrikation. Unter Führung von Assessor Sinner, Direktor Friedric, Dr. Kolbe, Professor Knorz und Professor Lang wurde darauf ein Rundgang durch die Sinnerfabrik mit ihren zahlreichen Zweigen unternommen. Ein großes Interesse erregte dabei die seit Dezember 1916 betriebene Marmeladefabrikation, dann die Herstellung des bekannten Kaspulvers, der Nährhefe, des Spiritus. Der Nachmittag galt dem Besuche der Marmeladefabrik Gebrüder Stern. Auch hier, wie bei der Sinnergesellschaft, hatten die Besucher Gelegenheit, eine zweckmäßige Einrichtung, bei der die Saubereit Grundbedingung ist, kennen zu lernen. In bekannter Gastlichkeit hatte die Firma Sinner die Teilnehmer der Besichtigung zu einem Imbiß eingeladen, bei dem namens der Gäste Bürgermeister Dr. Horstmann der Verdienste der Firma Sinner und der Firma Gebr. Stern mit bereiten Worten gedachte.

St. A. Auf der städtischen Straßenbahn wurden im Monat Februar im ganzen 3 109 835 (Februar 1917: 2 602 247, 1916: 2 206 429) Personen befördert, wofür 261 250 Mk. (Februar 1917: 196 127 Mk., 1916: 169 097 Mk.) eingenommen wurden. Abgefahren wurden 465 700 (1917: 477 320, 1916: 416 688) Wagenkilometer. Auf je 100 Wagenkilometer kommen somit 668 beförderte Personen (im Februar 1917: 545, 1914: 438, 1913: 452) und 56 Mk. Einnahmen (im Februar 1917: 41 Mk., 1914: 37 Mk., 1913: 38 Mk.). — Auf der Karlsruher Lokalbahn wurden im Monat Februar 236 971 (Februar 1917: 217 640, 1916: 202 930) Personen befördert. Eingenommen wurden 32 255 Mk. (1917: 25 045 Mk., 1916: 24 754 Mk.).

Der Mieter- und Bauverein Karlsruhe e. G. m. b. H. hielt am Samstag im „Goldenen Adler“ seine jährliche Generalversammlung ab. Nach Begrüßung der zahlreich erschienenen Mitglieder durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats Herrn Bürgermeister Keil-Stupferich trat der Vorstand des Vereins Herr Verbandsbeamter Schwall den Geschäftsbericht vor. Für die geschäftliche Entwicklung der Genossenschaft auch im dritten Kriegsjahre sprechen die nachfolgenden Zahlen: Die Zahl der Mitglieder ist im Jahre 1917 von 1417 auf 1428 gestiegen, die Summe der Anteilscheine und Geschäftsquittungen hat sich um 5707 Mk. auf 297 678 Mk. erhöht. Einem sehr regen Zutruss erfreut sich die Sparkasse. Die Sparguthaben haben im verfloffenen Geschäftsjahre um 106 727 Mk. zugenommen und sind auf 775 655 Mk. gestiegen. Der Reingewinn des verfloffenen Jahres, der nach Abschreibung von 12 281 Mk. an den Häusern 20 533,75 Mk. beträgt, werden 11 936 Mk. 4 Prozent Dividende auf die Geschäftsanteile ausbezahlt bzw. gutgeschrieben. Dem Reserve- und Hilfskassenbestand wurden 117 951 Mk. zugewiesen. — Ueber die vorgenommenen unermittelten Buch- und Kasseneffizienzen berichtete der Vorsitzende der Revisionskommission Herr Bürgermeister Keil, daß die Geschäfts- und Kassensführung jederzeit aufs beste geordnet befunden worden ist. Die Genossenschaft hat bis jetzt 100 000 Mk. in Kriegsanleihen angelegt; sobald es die Möglichkeit zuläßt, sollen 7 Wohnhäuser mit 24 Dreizimmer- und 32 Zweizimmerwohnungen erstellt werden. Der Vorstand gab der Versammlung die Versicherung, daß die Genossenschaft zurzeit keine Veranlassung hat, die Miete zu steigern. Mit dem Wunsch für die geschäftliche Weiterentwicklung, welche durch die unermüdete Weiterplanung der Genossenschaftsgedanken möglich ist, schloß der Vorstand Herr Bürgermeister Keil um 10 Uhr die Generalversammlung.

Ziegenbich. Verhaftet wurden: ein Schuhmacher aus Konstanz, ein Hausburche aus Waltringen, ein Tagelöhner von hier und ein Wechlerlehrling von hier, weil sie in der letzten Zeit hier Hofen- und Ziegenbichhülle verbrühten; die Ziegen wurden von ihnen am Tatort jeweils abgeschlachtet. Ferner wurde die Ehefrau eines Särcines aus Luzern und eine Straßenbahnfahrerin aus Aalen wegen Diebstahls festgenommen, weil sie von dem Fleisch der gestohlenen Tiere an sich brachten.

Unfall. Am 16. I. Mis. geriet im Straßenbahndepot hier eine Wagenfahrerin beim Anpöppeln zweier Wagen zwischen die Räder und erlitt einen Beckenbruch. Sie wurde in schwerverletztem Zustande nach dem städt. Krankenhaus verbracht.

Gr. Hoftheater. Am Sonntag, den 21. April wird Michael Böhm von der Berliner Hofoper sein erstmaliges Gastspiel hier mit dem Zauch in „Die Meisterfänger von Nürnberg“ eröffnen. — Die Werbungen für die 8. Kriegsanleihe bei den drei Vorstellungen des Hoftheaters brachten 78 915 Mark (Bezeichnungen und Erlös aus Anteilscheinen) ein.

Colosseum. Mit einem reichhaltigen und gediegenen Programm beschließt die Leitung unserer einheimischen Unterhaltungs- bühne die Spielzeit 1917/18. Nach der üblichen Einleitung durch 3 floss gespielte Musikstücke der Hauskapelle unter der umsichtigen und sicheren Leitung von Herrn Kapellmeister Dietrich nehmen die artistischen Darbietungen in den prächtigen Leistungen der Stadtturner Gymn und Partner einen vielversprechenden Anfang; die beiden Künstler zeigen eine große Anzahl Kraft- und Gewandheitsübungen, die vor allem durch die Ruhe und Sicherheit, mit der sie geboten werden, auffallen. Als Tanz- und Rauchtänzerin zeigt Oksia ihre Kunst, sie zaubert mit Sand ein prächtiges Blumenbuket auf die Leinwand, während sie auf einer mit dem Auf einer Fadel geschwägten weißen Tafel eine hübsche Landschaft entstehen läßt. Die epische Tanzkünstlerin Ffi Telier führt einige hübsch gelungene Tänze vor, sie verleiht auch durch die Eigenart ihrer Gewänder zu fesseln. Als „der August am Variete“ stellt sich Frank Herms vor und bringt eine Fülle von Witz und Satire, so daß die Zuschauer und Zuhörer aus dem Lachen kaum mehr herauskommen. E. und A. Metz bezeichnen ihre turnerischen Vorführungen als hervorragenden equilibristischen Akt und sie haben ein Recht zu dieser Bezeichnung, denn es ist wirklich außerordentlich, was hier besonders von einem jungen Mädchen gezeigt wird, wie können diese Darbietungen als das Beste im ganzen Programm bezeichnen. Als gleichwertig sind allerdings auch die Kunstleistungen mit Reifen der Drei Soliborns anzusehen, die den zweiten Teil des Programms eröffnen; auch hier ist man überrascht von der Kunst und Geschicklich-

keit der Künstler. Paul Göbel, der sächsische Komiker, wartet mit neuen Sachen auf und erntet wiederum altgewohnten hümmischen Beifall, sein Schulschiff ist vor allem darstellerisch eine ganz ausgezeichnete Leistung. Zum Schluß zeigt Trude Elvire, Königin der Luft, am Trapez in schwindelnder Höhe eine Anzahl gutgelungener Uebungen, die vollste Anerkennung verdienen. Sie „arbeitet“ hoch oben an der Decke des Saales mit einer Ruhe und Sicherheit, daß die Besetzung, die den Zuschauer anfänglich packt, bald staunender Bewunderung Platz macht. Im Ganzen haben wir also wiederum ein Programm von altgewohnter Güte, für das man der Direktion Kiefer und der Leitung des Herrn Arthur Göb nur vollste Anerkennung aussprechen kann.

Letzte Nachrichten.

Die Kriegsziele der Hansestädte.

Berlin, 19. April. Die liberale Fraktion der Hamburgischen Bürgererschaft hat kürzlich einen Initiativantrag eingebracht, der ein Vorgehen des Senates im Bundesrat zum Zwecke der Durchsetzung einer Kriegsschadens-, Sicherung der Auslandsforderungen und Konsolidierung unserer Kolonialmacht erreichen will. Die Bekanntgabe dieses Antrages hat dazu geführt, daß man in Lübeck und Bremen einen ähnlichen Antrag in der Bürgererschaft einbrachte. Die Bremer Bürgererschaft fordert überdies die Freiheit der Meere und Sicherung unserer wirtschaftlichen Betätigung.

Eine Verschwörung in Portugal.

Mat. Bern, 19. April. (Nicht amtlich.) Der „Tempo“ meldet aus Lissabon: Die Polizei hat in Oporto in einem Hause ein großes Lager von Granaten, Patronen und Gewehren entdeckt. 30 Offiziere und Unteroffiziere der Garnison Oporto wurden unter der Anschuldigung verhaftet, eine Verschwörung gegen die Regierung organisiert zu haben. — In Portugal steht ein Eisenbahneraustand bevor. Die Beratungen des Verkehrsministers mit dem Streikführer zur Erzielung einer Einigung sind ergebnislos verlaufen.

Botenwechsel in Paris.

Mat. Paris, 18. April. (Nicht amtlich.) Ag. Hav. Nach dem „Echo de Paris“ wird der englische Botschafter in Paris, Lord Bertie, durch Lord Derby ersetzt werden.

Die Ereignisse in Finnland.

Mat. Stockholm, 17. April. (Nicht amtlich.) Wie der Berichterstatter des „Aftonbladet“ aus Abo meldet, hat sich dort nach der Einnahme der Stadt durch die Weissen Gardisten herausgestellt, daß die Roten Gardisten einen Schaden in einer Höhe von mehreren Millionen angerichtet haben, indem sie 13 im Hafen liegende Dampfer, das Telegraphenamt und die Fernsprezentrale zerstörten, die Lebensmittelvorräte verführten und die Geschäfte und Kassen plünderten, sowie an allen öffentlichen Gebäuden Verheerungen anrichteten. Die Weissen Gardisten, die unter der Führung des schwedischen Leutnants Graf Ehrensbärd eingesetzt sind, wurden als Befreier begrüßt.

Mat. Stockholm, 17. April. (Nicht amtlich.) Nach einem Telegramm aus Abo haben die Roten Gardisten auch Salo, Nyssad, Nihilimäki und Lahtis verlassen. Die deutschen Truppen haben sich mit Hanerhelms Truppen vereinigt, so daß jetzt das ganze Südwest-Finnland von den Aufständigen befreit ist. Die Rote Garde ist bei Toijala vollkommen umzingelt.

Die Zeppelinhalle in Friedrichshafen abgebrannt. (Nicht amtlich.) In der Nacht vom 13. zum 14. April ist die alte historische Zeppelinhalle in Friedrichshafen ein Raub der Flammen geworden. Die Halle diente in den letzten Jahren nur noch als Lagerraum des Betriebes, welcher durch den Brand nicht gestört wird. In der Halle wurde u. a. auch eine Anzahl Sauerstoffflaschen aufbewahrt, welche bei dem Brande explodierten.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe (Naturfreunde). Heute Abend liegt im Lokal zur „Gambirushalle die Einzugsfeier zur Nachtur auf das Mannheimer Naturfreundehaus am Samstag, den 27. April (Gefangberein „Lassala“). Die Sänger werden er-sucht, am Samstag abend 8 Uhr vollständig in der „Gilde“ zu erscheinen. Der Vorstand. 3240

Karlsruhe (Deutscher Metallarbeiterverband). Samstag, den 20. April, abends 8 Uhr, im „Rappen“ Mitglieder-versammlung. Vortrag von Arbeitersekretär A. Hipp. 3233

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kober; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Es ist eine neue Bekanntmachung Nr. W. IV. 900/4. 16. A.N.A., betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Höchstpreise von Lumpen und neuen Stoffabfällen aller Art am 9. April 1918 in Kraft getreten.

In dieser Bekanntmachung sind die verschiedenen Bestimmungen über die Beschlagnahme, Bestandserhebung und die Höchstpreise bei Lumpen und neuen Stoffabfällen einheitlich zusammengefaßt, so daß gleichzeitig die früher erlassenen Bekanntmachungen Nr. W. IV. 900/4. 16. A.N.A. vom 16. Mai 1916, W. IV. 900/4. 16. A. N. A. vom 16. Mai 1916, W. IV. 1900/11. 16. A.N.A. vom 25. Januar 1917, W. IV. 1950/11. 16. A.N.A. vom 25. Januar 1917 und W. IV. 2900/9. 17. A.N.A. vom 6. November 1917 aufgehoben worden sind.

Zur allgemeinen Verbleibt es bei der bisherigen Regelung des Verkehrs mit beschlagnahmten Lumpen und neuen Stoffabfällen. Im einzelnen enthält die neue Bekanntmachung allerdings verschiedene Abweichungen gegen die bisherigen Anordnungen. Es ist näher bestimmt worden, was unter Lumpen und neuen Stoffabfällen zu verstehen ist. Des weiteren ist die Meldepflicht auf alle beschlagnahmten Gegenstände ausgedehnt worden, deren Vorräte mindestens 100 Kilogramm betragen. Die Höchstpreise haben Veränderungen erfahren. Insbesondere sei darauf hingewiesen, daß auch alle aus dem Auslande stammenden unter die Verordnung fallenden Lumpen und neuen Stoffabfälle von der Beschlagnahme betroffen sind.

Der genaue Wortlaut der neuen Bekanntmachung ist bei den Bürgermeisterämtern und Polizeibehörden einzusehen. 3221

Statt jeder besonderen Anzeige.

Nach schwerer Krankheit ist gestern Abend mein lieber Mann, unser Bruder, Schwager und Onkel

Redakteur Wilhelm Kolb

Mitglied des Stadtrats
und des Badischen Landtags

in seinem 48. Lebensjahre gestorben.

Karlsruhe den 19. April 1918.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Sofie Kolb, geb. Faßbind.

Die Feuerbestattung findet am Sonntag, den 21. d. M., vormittags 10 Uhr, statt
Beileidsbesuche werden dankend abgelehnt.

Wir alle stehen unter dem erschütternden Eindruck der unerwarteten, frühen Todes unseres Freundes, Kollegen und Mitarbeiters, des leitenden politischen Redakteurs unseres Blattes, unseres Parteifreundes

Wilhelm Kolb,

eines mit glänzenden Gaben des Geistes und Charakters ausgestatteten Mannes, der seine hervorragende Arbeitskraft während nahezu 20 Jahren in unermüdlicher Tätigkeit in den Dienst unseres Blattes stellte.

Unauslöschlich sind die Verdienste dieses seltenen Mannes und unersetzlich die Lücken, die er hinterlässt.

Ehre seinem Andenken!

Karlsruhe den 19. April 1918.

Redaktion, Verlag und Personal des Volksfreund.

Sozialdem. Verein Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Wir setzen unsere Mitglieder von dem unerwartet raschen Ableben unseres Vorsitzenden und langjährigen Führers

Wilhelm Kolb

Redakteur, Landtagsabgeordneter und Stadtrat

hierdurch geziemend in Kenntnis.

Die Partei erleidet dadurch einen schweren Verlust und wird dem Dahingegangenen dauernd ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Bestattung findet am Sonntag, den 21. d. M., vormittags 10 Uhr statt, und ersuchen wir um zahlreiche Beteiligung.

3240

Der Vorstand.

Städtisches Bierordtbad. Große Schwimmhalle.

Für Frauen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 11 Uhr und nachmittags 3-1/2 bis 5 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags, sowie Freitags abends 6-8 1/2 Uhr.

Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 1/2 bis 9 Uhr und 11-1 Uhr, nachmittags 1/2 bis 8 Uhr, Freitags nachmittags 1/2 bis 6 Uhr, sowie Samstags nachmittags 3-9 1/2 Uhr. Sonntags geschlossen. 2132

Mittags 1-3 Uhr geschlossen.

Aerztliche Anzeige.

Ich habe meine ärztliche Tätigkeit wieder aufgenommen.

Sprechzeit: täglich 2-4 Uhr.

Dr. Baumstark,
Rheinstr. 55.

3219

Freie Turnerschaft Karlsruhe.

Am Samstag, den 20. April 1918, abends 8 1/2 Uhr findet im Lokal „Gambriunshalle“ (Ludwigsplatz) 3237

Mitglieder-Versammlung statt. Wegen wichtiger Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Turnrat.

Fussball.

Sonntag den 21. April

Spielplatz Durlach:
Phönix Karlsruhe I u. II

gegen
Germania Durlach I u. II.

Spielplatz V. f. B.:
F.-C. Mühlburg I u. II

gegen
V. f. B. I u. II.

Spielplatz Mühlburg:
B. F. B. Gaggenau

gegen
F. C. Südstern. 3232

Beginn 1 1/2 und 3 Uhr.

Abgängige Tiere

aller Art kauft
Städtisches Gartenamt
Karlsruhe. 3181

Billig zu verkaufen:

1 Bettstatt mit Kopf u. Polster 60 M., pol. vollständiges Bett, schöner Küchenschrank und Tisch, zerlegb. runder Tisch, polierte Kleiderschrank und Kanapee. Polsterei Köhler, Schützenstr. 25.

Kaufe

gebrauchte Holz- u. Polstermöbel aller Art zu hohen Preisen. Polsterei Köhler, Schützenstr. 25.

Ein erfahrener

Seizer

und ein zuverlässiger

Bierführer

können sofort eintreten bei 3173

A. Prinz

Bierbrauerei
Kaiserallee 15.

Einige

Frauen u. Mädchen

können in meine Kläscherei eintreten. Quittungskarte ist mitzubringen. 3234

Brauerei Fr. Hoepfner.

Tüchtige

Maurer

werden sofort für hiesige Baustellen eingestellt. 3229

Walder & Rauf

Erbsprinzenstr. 9.

Alle

Druck-Arbeiten

liefert rasch und billig

Druckerei Volksfreund

Luisenstrasse 24

Teleph. 128.

Sozialdem. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 24. April, abends 8 Uhr, in der Restauration „Anerkahn“, Schützenstraße, 3242

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Bericht der Buchhandlung.
3. Wahlen.
4. Bericht der sozialdem. Fraktion über deren Tätigkeit auf dem Karlsruher Rathaus.

Referent: Stadtrat Sauer.

Wir laden die Parteigenossen und Genossinnen zu dieser Versammlung höflich ein, mit der Bitte pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Der Vorstand.

Einen guten Fang



macht jedermann seinen Bedarf in Messer u. Stahlwaren jeder Art deckt, wo dieselben auch fachmännisch geschliffen und repariert werden können. 216

Karl Hummel, Werderstrasse Nr. 13, Telefon 1547.



ODEON-MUSIKHAUS
KARLSRUHE
KAISERSTR. 175. TELEFON 4339

3235

Gesucht werden:
Köchinnen für Privat
Mädchen für alles
Mädchen zum Anlernen sowie
Stundenfrauen für häusliche Arbeiten für sofort oder später. 3088

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Jähringerstr. 100., 2. Stock

Tüchtiger, erfahrener
Werkzeugschlosser
sowie ein
Bohrer
zum sofortigen Eintritt gesucht. 3247

Geiger'sche Fabrik G. m. b. H.,
Karlsruhe, Augartenstr. 51.

Wir suchen auf sofort tüchtigen
Schreibgehilfen

(auch Kriegsbeschädigten) oder Gehilfin. Schöne Stundenlohn erforderlich.

Schriftliche Offerten mit Ansprüchen an die
Allgem. Ortskrankenkasse Durlach.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Geburten. Arthur Friedrich Karl, v. Otto Nidel, Hausmeister.

Todesfälle. Hans, alt 10 J., v. Gottlieb Schwarzschneider.

Müller, Johann Boim, Schmied, Witwer, alt 77 J., Friedrich Reinhardt, alt 67 J., ledig, ohne Beruf, Esfriede, alt 7 Monate.

v. Otto Ball, Schneider, Adolf, alt 5 J., v. Johann Wagner, Tagelöhner. Mathilde, Martin, alt 74 J., Witwe von Karl Martin, Kaufmann. Anna Katharina Bod, alt 76 J., Witwe von Karl Bod, Bäcker.

3219